

GEORGES-HENRI SOUTOU

Deutsche Einheit
Europäische Einigung
Französische Perspektiven



Augsburger
Universitätsreden 18

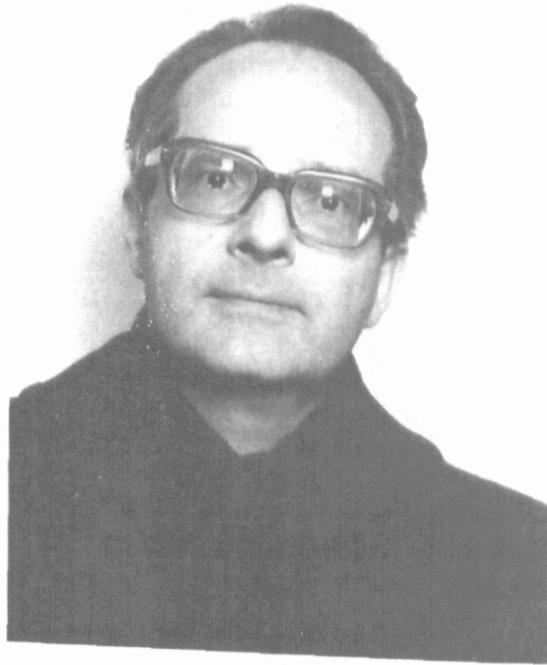
Augsburger Universitätsreden 18

*Herausgegeben vom
Präsidenten der Universität*

Georges-Henri Soutou

(Paris-Sorbonne)

**Deutsche Einheit - Europäische Einigung
Französische Perspektiven**



Prof. Dr. Georges-Henri Soutou
Paris – Sorbonne

**Festvortrag anlässlich der 20-Jahr-Feier der Universität
am 20. Juli 1990**

**Veröffentlicht mit Unterstützung der Gesellschaft der Freunde
der Universität Augsburg**

Augsburg 1990

Deutsche Einheit - Europäische Einigung Französische Perspektiven

Georges-Henri Soutou

Die Gründung einer Universität und ihr organisches Wachstum sind immer ein Grund zur Freude und Befriedigung für die "Ökumene der Wissenschaftler" und alle diejenigen, die Anteil nehmen am kulturellen Leben. Freiheit der Forschung und Einheit von Lehre und Forschung stellen die zwei Grundpfeiler unserer Universitätstradition dar. Als ein ausländischer Historiker darf ich feststellen, daß die junge Universität Augsburg sich internationales Ansehen erworben hat durch die Art, wie sie diese Grundprinzipien verwirklicht und wie sie in den internationalen Austausch der Wissenschaften eingetreten ist.

Als ein französischer Universitätslehrer möchte ich mir auch gestatten, die Bewunderung zum Ausdruck zu bringen, die ich für die Leistungen des Freistaates Bayern beim Aufbau und bei der Ausstattung seiner Universitäten empfinde.

Nicht nur dem Historiker, der ich bin, wird es bewußt sein, daß die Universität Augsburg ihre 20-Jahr-Feier an einem historischen Gedenktag begeht. Die Männer des 20. Juli 1944 haben mit ihrem Opfer den Grundstein für die deutsche Freiheit gelegt und die Auffassung all jener gerechtfertigt, die in der deutschen Geschichte nicht einen determinierten Prozeß mit dem negativen Höhepunkt des Nationalsozialismus sahen und nicht bereit waren, das deutsche Volk unterschiedslos mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren. Das Erbe des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus führt auch direkt zu dem Thema meines heutigen Vortrags: man denke nur an die Pläne des Kreisauer Kreises um den Grafen Moltke, die ein föderalistisches Deutschland in ein föderatives Europa einzubauen suchten.

Und eine letzte zeitgeschichtliche Erinnerung: Vor 20 Jahren führte die Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel zum Moskauer Vertrag vom 12. August 1970. Damals erschien die Sowjetunion als

eine unerschütterliche Supermacht, und die deutsche Teilung wurde allgemein als dauerhaft, wenn nicht endgültig betrachtet. Heute ist die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von DDR und Bundesrepublik Deutschland vollzogen, und wir stehen unmittelbar vor dem Abschluß des Wiedervereinigungsprozesses.

Wie kam es dazu? Wie reagieren die Franzosen darauf? Wie lassen sich die gegenwärtigen Ereignisse in die Entwicklung Europas einordnen? Was sollen wir wünschen und was können wir tun? Das sind einige der Punkte, denen ich mich in meinem Vortrag zuwenden will.

Im Jahre 1989 waren wir Zeuge, wie die schon lange andauernde Krise des kommunistischen Systems ihren Höhepunkt erreichte. Es ist frappierend festzustellen, daß die ökonomischen und sozialen Probleme der Sowjetunion schon zu Zeiten von Chruschtschow zu Beginn der 60er Jahre diagnostiziert und auch analysiert worden sind. Aber die Jahre der Entspannungspolitik und des Zustroms von westlichen Krediten wie der Technologietransfer in die Sowjetunion und die sogenannten Volksdemokratien in den 60er und 70er Jahren haben den Offenbarungseid des kommunistischen Systems hinausgezögert. Mit wachsendem zeitlichen Abstand werden die Historiker wahrscheinlich drei Hauptfaktoren für den plötzlichen Ausbruch der Krise des internationalen kommunistischen Systems in den 80er Jahren feststellen: Erstens die Wahl Johannes Paul II. im Jahre 1978; sie hat in Polen dazu beigetragen, einen Prozeß auszulösen, der anschließend auf ganz Zentraleuropa übergegriffen hat und der den politischen und weltanschaulichen Dissidenten der 70er Jahre einen moralischen und religiösen Schutzschirm geboten hat. Zum zweiten die Politik des amerikanischen Präsidenten Reagan, dessen Programm für ein Verteidigungssystem im Weltraum vom März 1983 den Führern der Sowjetunion bewies, daß sie den technologischen Wettlauf verlieren würden und daß ihre enormen und letztlich ruinösen Aufrüstungsanstrengungen der 60er und 70er Jahre umsonst waren. Drittens schließlich die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom Dezember 1983, die Aufstellung der Pershing-Raketen zu realisieren - ein Beschluß, den der französische Präsident Mitterand mit seiner Rede vor dem Bundestag nachdrücklich unterstützt hatte.

Die Perestroika in den Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellte die Reaktion Moskaus auf diese Entwicklung dar. In ihrem Rahmen sollten entsprechend einer Gesamtstrategie Gorbatschows die alten Führungskader aus der Ära Breschnews in den Volksdemokratien ersetzt werden durch Politiker, die das Vertrauen der neuen politischen Führung in Moskau besaßen und bereit waren, an der Stelle des kommunistischen Konzepts die Parole des "demokratischen Sozialismus" zu vertreten. Gorbatschow hoffte, daß die auf diese Weise erneuerten osteuropäischen Regime von ihrer Bevölkerung akzeptiert würden und ähnlich wie die Sowjetunion in das von ihm verfochtene "gemeinsame europäische Haus" aufgenommen würden. Moskau - so war das Kalkül - würde auf diese Weise den Druck seiner hegemonialen Herrschaft über Osteuropa verringern, zum Ausgleich dafür aber seinen Einfluß in Westeuropa verstärken und auf diese Weise einem Ziel näherkommen, das die Sowjetunion seit 1945 kontinuierlich verfolgt hatte: die Trennung der USA von Europa. So mindestens wurde in Frankreich die neue Situation oft verstanden; aber bekannterweise stehen meine Landsleute etwas skeptischer Herrn Gorbatschow gegenüber als vielleicht die Deutschen.

Bekanntlich ist diese Strategie fehlgeschlagen - allerdings mit den vorläufigen Ausnahmen von Rumänien und Bulgarien. Die Entwicklung in der DDR ist in einer besonderen Weise aufschlußreich: Gregor Gysi hat Gorbatschows Strategie, die der Führer der Sowjetunion bei seinem Besuch in Ost-Berlin anlässlich der 40-Jahr-Feier der DDR Anfang Oktober ankündigte, zu verwirklichen versucht. Dieser Versuch ist aber gescheitert, und der neu propagierte "demokratische Sozialismus" ist als reine Camouflage des alten Systems bloßgestellt worden. Die demokratische Revolution in der DDR des Jahres 1989/90 hat das Prinzip der nationalen Einheit mit dem Prinzip der bürgerlichen Freiheit versöhnt - eine Versöhnung, die eine der fundamentalen Widersprüche der deutschen Geschichte seit der Revolution von 1848/49 auflöste.

Man wird es dem Historiker nachsehen, wenn ich an dieser Stelle daran erinnere, daß die Geschehnisse des letzten Jahres den Theoretikern der sogenannten "Containment"-Politik, der Eindämmungs-Strategie gegenüber der Sowjetunion Recht gaben, vor allen Dingen George Kennan, der 1947 die These vertrat, daß die

Sowjetunion eines Tages ihren inneren Reformen Priorität einräumen müsse gegenüber der ideologischen Expansion, wenn der Westen im Kalten Krieg nur standfest bleibe. Eine noch eindeutiger Bestätigung ihrer Richtigkeit scheinen mir die Entwicklungen des Jahres 1989 für die Grundpositionen Konrad Adenauers geliefert zu haben: Ein vereintes und prosperierendes Westeuropa werde eines Tages eine solche Anziehungskraft auf Osteuropa ausüben, daß die Sowjetunion angesichts ihrer wachsenden inneren Probleme gezwungen werde, nachzugeben und ihren Satellitenstaaten die Freiheit wiederzugeben. Man hat über diese "Magnettheorie" (der Ausdruck wurde ursprünglich von Kurt Schumacher geprägt) gelächelt und sie verspottet, die Geschehnisse des Jahres 1989/90 haben ihr eine triumphale Bestätigung geliefert.

Wenn die westeuropäische Einigung, die so eng mit den Namen Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi verbunden ist, eine der entscheidenden Voraussetzungen für den revolutionären Wandel in Mittel- und Ostmitteleuropa war und ist, dann hatte die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland, dann hatte der deutsch-französische Interessenausgleich als Kern der westeuropäischen Einigung daran einen entscheidenden Anteil. Man hat nicht selten davon gesprochen, daß die deutsch-französische Verständigung nach 1945 ihre entscheidende Voraussetzung in der deutschen Teilung habe - daß also die Existenz zweier deutscher Staaten die Voraussetzung für die französisch-deutsche "Vernunftfehde" seit 1950 sei. Wenn dem so wäre, müßte die deutsche Wiedervereinigung nicht nur für das Verhältnis von Franzosen und Deutschen seine erheblichen Rückwirkungen haben; sie könnte auch zum Auseinanderbrechen Europas führen. Ist dies nun tatsächlich eine reale Gefahr?

Alle Meinungsumfragen in Frankreich zeigen, daß die französische Bevölkerung die Wiederherstellung der deutschen Einheit als eine natürliche Entwicklung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat. Das beruht sicher zum einen auf der tiefen Verwurzelung des Gedankens des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Frankreich. Zum anderen ist in Frankreich die deutsch-französische Annäherung vermutlich der populärste Aspekt der Idee der europäischen Einigung. Auf der anderen Seite ist es gewiß zutreffend, daß die französischen Führungseliten häufig eine gewisse Besorgnis und Ängste äußerten,

die weniger auf rational als auf irrational begründbaren sogenannten "Lehren der Geschichte" beruhten. Es scheint mir allerdings, daß sich zur Zeit eine deutliche Tendenz zu einer realistischeren Betrachtung abzeichnet: Publizisten, Journalisten und Historiker haben über Jahre hinweg eine politisch-historische Aufklärungsarbeit geleistet, die jetzt ihre Früchte zu tragen beginnt. Dennoch erscheint es mir zweckmäßig, einen Blick auf Vorurteile und Befürchtungen zu werfen, die bei einem Teil der Franzosen noch verbreitet sind. Offenheit und Freimut über die Belastungen unserer Geschichte müssen in der Tat zu den Grundelementen unserer Beziehungen zählen. Es ist andererseits aber immer noch nützlich und notwendig, die Einsichten und Erkenntnisse zu verbreiten, die die Befürchtungen, die da und dort noch existieren, zerstreuen.

Ein in Frankreich (und, wie u. a. der Historikerstreit in den letzten Jahren gezeigt hat, auch in der Bundesrepublik) verbreitetes Vorurteil ist die Auffassung, daß Deutschland nicht einen wirklichen "Beruf zur nationalen Einheit" habe und daß die Deutschen sich in den meisten Epochen ihrer Geschichte mit der staatlichen Teilung, mit der Existenz einer Vielfalt von Staaten abgefunden hatten. Es gibt nicht wenige, die die staatliche Einheit der Jahre 1871 bis 1945 als einen historischen Zufall mit verhängnisvollen Konsequenzen betrachten. Man sollte demgegenüber daran erinnern, daß die staatliche Einheit schon seit dem Ende der napoleonischen Ära für die Mehrzahl der Deutschen ein Ziel ihrer politischen Bestrebungen war und daß sie beinahe schon 1849 erreicht wurde, ehe Bismarck sie definitiv 1864 bis 71 verwirklichte. Außerdem - und im Gegensatz zu verbreiteten irrigen Auffassungen in Frankreich und anderswo - war die deutsche Einheit des Jahres 1871 nicht ein völliges Novum. Das Deutsche Reich des Mittelalters war kein unstrukturiertes Staatsgebilde, es hatte vielmehr stärker ausgeprägte Institutionen als viele zeitgenössische europäische Königreiche. Es war Frankreich, das im Jahre 1648 durch den Westfälischen Frieden den deutschen Staatenpluralismus durchgesetzt und völkerrechtlich festgeschrieben und auf diese Weise die Grundstrukturen des Reichs stark geschwächt hat. In der Tat führt die ganze deutsche Geschichte mit einer inneren Logik auf das zu, was wir in einigen Monaten erleben werden: In Übereinstimmung mit dem Bonner Grundgesetz von 1949 entsteht ein föderalistischer deutscher Nationalstaat, der kein historischer Zufall war und ist, sondern das Resultat eines längerfristigen Prozesses, der zur Zeit Bis-

marcks seinen Anfang nahm und schließlich durch die Weimarer Nationalversammlung von 1919 bestätigt wurde.

Betrachtet man in Frankreich die deutsche Entwicklung in diesem Sinne, dann stößt man allerdings auf eine Reihe von Besorgnissen, die sich aus dem Problem der Grenzen des wiedervereinigten Deutschland ergeben. Wird ein wiedervereinigtes Deutschland nicht die Oder-Neiße-Linie in Frage stellen und dadurch eine gefährliche Destabilisierung in Europa verursachen? Manche Franzosen halten in diesem Zusammenhang an einem historischen Klischee fest, wonach Deutschland niemals klar definierte Grenzen hatte. Diese Sicht der deutschen Geschichte läßt sich schwerlich halten. Auch in dieser Frage ist die grundlegende Entscheidung von Bismarck getroffen worden, als er die großdeutsche Lösung, die in der Revolution von 1848/49 zur Diskussion stand, ablehnte - also die Gründung eines Staates, der auch Österreich umfaßte. Bismarck setzte die kleindeutsche Lösung durch, die Österreich aus einem deutschen Nationalstaat ausschloß. Der Reichsgründer anerkannte auf diese Weise die eigenständige historische Entwicklung Österreichs, die für die Deutschen wie für die Österreicher nach dem negativen Ausgang des Anschlusses durch Hitler 1938 endgültig besiegelt wurde.

Die Entscheidung Bismarcks bedeutete also, daß Preußen das Heilige Römische Reich deutscher Nation nicht wiederbegründete, daß Deutschland aber auch nicht identisch war mit Mitteleuropa. Nach dem Vorbild Frankreichs oder Italiens war das Bismarckreich ein Nationalstaat. Zweifellos hat aus diesem Grund Napoleon III Bismarck zunächst unterstützt; denn der französische Kaiser war überzeugt, daß Kleindeutschland in seiner begrenzten Größe für das europäische Gleichgewicht eine geringere Verschiebung der Gewichte mit sich brachte als die romantische Konzeption eines Großdeutschland unter Einschluß von Österreich. Zwar lebte im Bismarckreich eine starke polnische Minorität und war die Reichsgründung 1871 durch die Annexion von Elsaß-Lothringen belastet - letztere zweifellos der größte Fehler Bismarcks. Der Friede von Versailles 1919 hat die deutschen Grenzen neu definiert, indem er das Problem Elsaß-Lothringen durch dessen Rückkehr nach Frankreich regelte und einen polnischen Staat nach über einem Jahrhundert der Teilung der polnischen Nation wiederherstellte - ein Polen, das seinerseits nun eine nicht geringe deutsche Minderheit umschloß. Die

Festlegung der deutschen Ostgrenze durch den Versailler Vertrag hat - dies ist unumstritten - den Nationalismus in der Weimarer Zeit wesentlich verstärkt und wurde zu einem der Faktoren im Aufstieg des Nationalsozialismus. Unbestreitbar hat die Übergabe der Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie an Polen und die UdSSR 1945 und die brutale Ausweisung von mehreren Millionen Deutscher aus diesen Gebieten die deutsch-polnischen Beziehungen nicht nur in den Kreisen der Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten erheblich belastet. Seit 1945 sind indessen 45 Jahre vergangen, und niemand denkt ernsthaft daran, die Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse wiederzuerlangen oder sich dort wieder niederzulassen. Die Entwicklung Deutschlands zu einem Nationalstaat, die im 19. Jahrhundert begonnen hat, wird sich daher mit der Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR vollenden, ohne daß die Grenzfrage erneut aufgeworfen wird, wie die identische Erklärung von Bundestag und Volkskammer zur polnischen Westgrenze gezeigt hat, und wie das "2+4"- Treffen in Paris vor zwei Tagen es endgültig entschieden hat.

Die Auffassung ist daher unbegründet, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein Faktor der Instabilität zu Europa sein wird. Im Gegenteil: Die deutsche Teilung war ein Faktor der Instabilität, wie es die Geschichte des Kalten Krieges und die Berlin-Krisen seit 1947 beweisen. Man muß daher immer wieder unterstreichen, daß die erste Voraussetzung für die Stabilisierung Europas die Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Zu einer der Konstanten im französischen Deutschlandbild, jedenfalls bei vielen Politikern und Intellektuellen, zählt die Vorstellung von einer ständigen Schaukelpolitik Deutschlands zwischen Ost und West. Diese Vorstellung, die man aus der historischen Erfahrung begründen zu können glaubt, nährt die Furcht vor einem Abtriften Deutschlands in Richtung UdSSR. Nun wird man nicht bestreiten, daß die geopolitische Lage Deutschlands eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West nahelegen oder zu inspirieren scheint. Die Geschichte zeigt allerdings, daß es dafür nur wenige historische Belege gibt. Bismarck selbst wollte immer gute Beziehungen mit St. Petersburg aufrechterhalten; für den Fall einer ausweglosen Lage hatte er sich aber schon 1885 entschieden, Österreich-Ungarn und nicht Rußland zu unterstützen. Kaiser Wilhelm II. und sein Reichskanzler Bethmann Hollweg waren in einer übertriebenen Weise besessen von der Furcht

vor der russischen Gefahr. Stresemann wollte sich mit der Sowjetunion arrangieren, begründete aber seine gesamte Politik auf die Verständigung mit den Angelsachsen und auf eine Verbesserung der Beziehungen mit Frankreich. Adenauer baute in einer ähnlichen Weise seine Politik auf die westeuropäische Integration der Bundesrepublik, obwohl er sich gegenüber der Sowjetunion viel klüger verhielt, als man dies häufig glaubt.

Der Rapallo-Komplex, an dem viele Franzosen leiden, also die Befürchtung, daß das Deutschland von heute sich in einem ähnlich überraschenden Manöver wie die Weimarer Republik im Jahre 1922 der Sowjetunion zuwenden werde, hat seine Voraussetzungen in einer völlig unzutreffenden historisch-politischen Einschätzung dessen, was sich in Rapallo zutrug. Für die deutschen Politiker war damals der deutsch-sowjetische Vertrag von 1922 eine Rückversicherung für ein außenpolitisch isoliertes Deutschland und ein Instrument bei dem Versuch, Frankreich und England zu einer Änderung ihrer Deutschlandpolitik zu bewegen. In der Sicht der deutschen Politiker bedeutete Rapallo nicht einen radikalen Umschwung der Weimarer Außenpolitik. Und die Konsequenzen von Rapallo waren genau das Gegenteil dessen, was sich Berlin erwartet hatte: nämlich eine Versteifung der französischen Politik. Die Deutschen haben aus dieser Erfahrung ihre Lehre gezogen, und sie haben diese Lektion: "Nie wieder Rapallo" gelernt - von Stresemann bis Adenauer und ihren Nachfolgern.

Neben der Angst vor einer deutschen Ostorientierung wirkt häufig die Furcht, daß ein durch die Wiedervereinigung ökonomisch noch stärkeres Deutschland erneut einen übermächtigen Einfluß in Mitteleuropa und Osteuropa ausüben und auf diese Weise den Kontinent beherrschen werde. Es ist sicher richtig, daß die derzeitige Entwicklung dem wiedervereinigten Deutschland alle Chancen eröffnet, in Wirtschaft und Kultur und eventuell auch in der Politik in Mitteleuropa wieder einen bemerkenswerten Einfluß auszuüben. Man darf aber nicht vergessen: die Kräfteverhältnisse in der Welt sind heute nicht mehr die der Jahre 1914 oder 1939. Vor allem wird die Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa mit ihrem politischen und militärischen Einfluß auch in Zukunft präsent sein. Im übrigen bleiben die Möglichkeiten der Sowjetunion, auf den Westen generell und auf Deutschland im besonderen Druck auszuüben, nach wie vor in einem

erheblichen Umfang bestehen: man denke nur an den Bereich der Abrüstungspolitik und an die Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Im übrigen stellt der wirtschaftliche Wiederaufbau Osteuropas eine gigantische Aufgabe dar, die meiner Meinung nach die Kräfte Deutschlands übersteigt und die Solidarität des ganzen Westens erfordert. Die osteuropäischen Staaten werden in ihrer Rohstoffversorgung und für ihre Absatzmärkte auch in der nächsten Zukunft von der Sowjetunion abhängen. Die Furcht vor einem ökonomisch und politisch von Deutschland beherrschten Mitteleuropa erscheint mir in der gegenwärtigen Situation unbegründet. Aber selbst dann, wenn das Unwahrscheinliche eintreten würde, daß nämlich Deutschland allein in der Lage wäre, Osteuropa wirtschaftlich wieder auf die Beine zu bringen und es von Moskau zu lösen, würden wir dies nicht als Motiv für Befürchtungen, sondern im Gegenteil als einen Grund zur Erleichterung ansehen im Vergleich mit der Situation, die wir bislang erlebt haben.

Mein Ideal wäre allerdings, daß wir Europäer insgesamt diese Aufgabe des Wiederaufbaus der osteuropäischen Staaten und der Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit in Angriff nehmen und bewältigen.

Vor den Märzahlen in der DDR haben ein Teil der Franzosen, die gegen historische Vorurteile am stärksten immun sind, dennoch gewisse Risiken in Verbindung mit der deutschen Entwicklung erwartet. Ihre subtileren Befürchtungen liefen darauf hinaus, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland aus der westlichen Wertegemeinschaft lösen und von neuem einen Sonderweg gehen werde - einen Sonderweg, inspiriert aus einer Mischung von Nationalismus, Neutralismus, religiös begründetem Pazifismus, vom politischem und kulturellen Antiamerikanismus und einem intellektuellen Linkssozialismus. Für mich besteht kein Zweifel daran, daß ein derartiger Sonderweg dem Ziel des "gemeinsamen europäischen Hauses" und des "demokratischen Sozialismus" entsprechen würde, wie sie Gorbatschow verfiicht.

Die Existenz derartiger "Sonderwegs"-Tendenzen bestreite ich nicht. Aber ich sehe nicht, daß sie in einem wiedervereinigten Deutschland

mehrheitsfähig sind: Für nahezu die Gesamtheit der politischen, religiösen, geistigen und kulturellen Kräfte des Landes ist Deutschland nicht ein Land des Ostens oder der Mitte, sondern des Westens. Ich gehe noch weiter: Deutschland lag immer im Herzen des Westens. Das Konzept eines deutschen "Sonderwegs" war eine romantische Vorstellung in der Reaktion auf die Französische Revolution und ihre Konsequenzen; und der Traum von diesem "Sonderweg" einer deutschen Sendung verschwand mit dem politischen und sozialen Erbe des wilhelminischen Deutschland, dessen Strukturen einer Übergangsphase auf dem Weg vom aristokratischen Europa des Ancien Régime zur modernen Welt entsprachen. In Wirklichkeit war der "Sonderweg" - ganz im Gegensatz zu dem Begriff selbst und zu den Überzeugungen derjenigen, die dieses Konzept vefechten - kein Spezifikum der deutschen Entwicklung. Das "Sonderwegs"-Konzept stellte eine Reaktion gegen Liberalismus und Modernisierung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur dar, Reaktionen die man - natürlich mit regionalen Unterschieden - in ganz Europa im 19. und 20. Jahrhundert feststellen kann.

Die Wiedervereinigung wird eine Situation beenden, an die man sich gewöhnt zu haben schien. Die Deutschen haben diese Situation mit ruhigem Augenmaß ertragen und in einer Haltung, die die Geschichte einmal würdigen wird. Es war eine Situation, die unerträglich und für die Stabilität Europas gefährlich war. Die Wiedervereinigung muß umso willkommener sein, als sie das Ende der totalitären Regime in Zentraleuropa und Osteuropa begleitet und ihren Teil dazu beiträgt, dieses Ende zu ermöglichen. Die Wiedervereinigung wird aus Deutschland einen Nationalstaat wie die anderen in Europa machen und so eine historische Entwicklung zum Abschluß bringen, die im letzten Jahrhundert begonnen hat.

Beiläufig sei darauf hingewiesen, daß die Nationalidee in Europa keineswegs tot ist. Beweise dafür sind die Ereignisse von 1989 und 1990 in ganz Osteuropa; der Wunsch nach Freiheit und das Streben nach nationaler Unabhängigkeit waren die beiden wesentlichen Faktoren der friedlichen Revolution, die wir erlebt haben.

Ich möchte hier allerdings nachdrücklich unterstreichen, daß es falsch wäre, wie man es eine Zeitlang getan hat, einen Gegensatz zwischen "Vaterland" und "Europa" zu sehen. Es scheint mir vielmehr, daß eine

dialektische Beziehung zwischen "Vaterland" und "Europa" besteht: ist es nach Geschichte und Kultur nicht das Wesen Europas, auf Vaterländern zu beruhen? Jedenfalls wird die deutsche Wiedervereinigung etwas so Natürliches sein, daß niemand mehr lange über sie diskutieren wird und noch bestehende Vorbehalte in den Nachbarländern Deutschlands angesichts der tatsächlichen Entwicklung rasch ihre Bedeutung verlieren werden.

Welches werden nun die Hauptaufgaben der neuen historischen Periode sein, in die wir jetzt eintreten? Wie soll im Westen und im Osten des Kontinents das Europa aussehen, das wir anstreben? Vor allem: Wie sollen seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sein, und welche Rolle soll die deutsch-französische Partnerschaft in dieser neuen Phase spielen?

Die Schlüsselfrage ist die Entwicklung der krisengeschüttelten Sowjetunion und ihrer Europapolitik. Die Sowjetunion wird - dies ist eine grundlegende Voraussetzung - in jedem Fall machtpolitisch auch in Zukunft über erhebliche machtpolitische Vorteile verfügen: sie beruhen auf seiner Größe, der Bevölkerungszahl und dem Reichtum an Bodenschätzen. Trotz ihrer strukturellen Probleme wird die Sowjetunion nicht auf den Rang einer durchschnittlichen europäischen Macht zurückfallen - sie wird eine Supermacht im globalen Maßstab bleiben. Die Streitkräfte der Sowjetunion werden sich auch künftig auf eine bedeutende geopolitische Machtbasis stützen können - die begonnene Verringerung ihrer zahlenmäßigen Stärke hat die sowjetische Regierung nicht daran gehindert, ihre Streitkräfte qualitativ zu stärken. Diese Grundtatsachen könnten lediglich durch eine anarchische Entwicklung und durch eine nationale Auflösung der Sowjetunion in Frage gestellt werden. Ein derartiger Auflösungsprozeß würde ohne Zweifel schwerwiegende Probleme für die Sicherheit Europas aufwerfen. Mit anderen Worten: die politische Klugheit rät zu außenpolitischer Vorsicht.

Was die innere, vor allem die verfassungspolitische Entwicklung der Sowjetunion angeht, lassen sich nur sehr schwer präzise Vorhersagen verantworten. Die ideale Entwicklung des Landes in Richtung auf ein politisches, soziales und ökonomisches System nach dem westlichen Vorbild, erscheint jedenfalls in weiter Ferne. Auch wenn die Menschen in der Sowjetunion ganz offensichtlich unzufrieden mit

dem gegenwärtigen System sind, erscheinen sie noch nicht bereit, die Chancen aber auch die Risiken und Lasten eines Systems zu akzeptieren, das auf der persönlichen Freiheit und Initiative beruht und, auf die totale, wenngleich mangelhafte staatliche Fürsorge zu verzichten, an die sie gewöhnt sind. Die Wahrscheinlichkeit spricht für zwei mögliche Entwicklungen: zum einen für das Scheitern der Politik Gorbatschows, was vermutlich zu einem Nationalbolschewismus führen würde, der sich gegen die Dissidenten-Bewegungen und die nichtrussischen Nationalitäten auf die Armee und die Russen stützen würde - falls nicht Gorbatschow selbst in einer zweiten Phase seiner Politik eine derartige Richtung einschlägt.

Die zweite Möglichkeit wäre ein Erfolg Gorbatschows; es ist aber keineswegs sicher, daß ein solcher Erfolg Gorbatschows die Hoffnungen erfüllen würde, die in der westlichen Politik gehegt werden. Denn tatsächlich ist sein verfassungspolitisches Ziel nicht die Überwindung des überkommenen Systems, sondern seine Rettung durch Reformen im Geiste Lenins. Vor allem muß damit gerechnet werden, daß die kommunistische Partei vielleicht umgetauft auch künftig die Hauptrolle spielen würde. Darüber dürfen auch nicht die Tolerierung anderer politischer Gruppen hinwegtäuschen oder die formelle Aufhebung des Prinzips der führenden Rolle der Partei - eine Bestimmung, die im übrigen vor 1977 in der sowjetischen Verfassung nicht festgelegt war. Die Entwicklung in Rumänien gibt jedenfalls Anlaß zur Nachdenklichkeit.

Was die sowjetische Außenpolitik angeht, hat Gorbatschow sein Programm ausführlich dargestellt - zum Beispiel im Juli 1989 vor der Versammlung des Europarats oder zuletzt bei den "2 + 4"-Gesprächen. Er wird sich den Abzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa und Ostdeutschland so teuer wie möglich abkaufen lassen und als Kompensation eine verstärkte westliche Abrüstung fordern, besonders aber die Umwandlung der Nato in eine politische Allianz ohne integrierte Militärorganisation. Er fordert die Institutionalisierung der KSZE mit dem Ziel, die europäischen Sicherheitsprobleme im Rahmen der Beratungen von 35 Ländern zu behandeln, zu denen neutrale Staaten zählen, die den sowjetischen Thesen zuneigen. Es ist offensichtlich, daß diese Außenpolitik auch darauf zielt, die Bedeutung der Nato insgesamt wie auch der europäischen Gemeinschaft zu verringern. Gorbatschow sucht im

übrigen seinen Ruf als Reformers, ein eventuelles Mehrparteiensystem und vielleicht auch die Umwandlung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Zeichen des "demokratischen Sozialismus" zu nutzen, um für die Sowjetunion die Aufnahme in möglichst viele europäische Organisationen zu erreichen. Mit anderen Worten: Die Sowjetunion wird versuchen, das "gemeinsame europäische Haus" auf der Basis eines zweideutigen "demokratischen Sozialismus" zu errichten, der auf ganz Europa ausgedehnt werden soll, wobei ihm die verschwimmenden Konturen seines Systems von Nutzen sind und er vor allem auch auf die Wirkung seiner Bemühungen baut, die fortdauernde militärische und geopolitische Überlegenheit der Sowjetunion vergessen zu machen.

Das sowjetische Minimalziel, wie es sich in den "2+4"-Gesprächen und in den Abrüstungsverhandlungen abzeichnet, ist die Kontrolle über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens, um auf diese Weise einen westeuropäischen Sicherheitsdamm zu verhindern. Ob das alles gelingt, bleibt dahingestellt; wir müssen uns doch über Gorbatschows Zielsetzung im klaren sein: sie ist für mich auf längere Sicht mit unseren Interessen nicht vereinbar.

Was nun andererseits die Vereinigten Staaten von Amerika und die atlantische Allianz angeht, so lassen sich folgende Feststellungen treffen: zunächst einmal stehen uns die Vereinigten Staaten aufgrund ihres politischen Systems, ihrer Kultur und nach der Vielzahl und Vielfalt der wechselseitigen Beziehungen viel näher als die Sowjetunion. Diese Situation wird sich auf lange Zeit hinaus nicht ändern, welche Entwicklung auch Rußland nehmen mag. Vor allem aber bleiben die Vereinigten Staaten unersetzlich für die Sicherheit Europas. Sie allein können gegenüber den strategischen Atomwaffen der Sowjetunion eine globale nukleare Garantie anbieten - sie allein sichern der Verteidigung Westeuropas die strategische Tiefe des Raums, die Westeuropa fehlt - sie allein sind auf absehbare Zeit in der Lage, die Seewege zu kontrollieren, die für die Versorgung Europas mit Rohstoffen unersetzlich sind. In der derzeitigen Situation der Entspannungspolitik könnten derartige Überlegungen überholt erscheinen: im Falle einer Wiederkehr von Ost-West-Spannungen würden sie sofort wieder in aller Schärfer Aktualität erlangen.

Das Gewicht der Vereinigten Staaten für Europa wird uns im übrigen durch die derzeitige Entwicklung der Deutschen Frage vor Augen geführt. Es ist allgemein bekannt, daß die Rolle der USA bei der Lösung dieses Problems ausschlaggebend war und sein wird. Die "2+4"-Verhandlungen beweisen dies Tag für Tag. Im übrigen liegt es auf der Hand, daß der amerikanische Einfluß bei allen bedeutenden Etappen des europäischen Wiederaufbaus und der europäischen Einigung seit 1945 entscheidend war. Großbritannien, Italien und besonders die Benelux-Staaten drängen darauf, daß die europäischen Einigung in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten vorangetrieben wird: Für sie bedeutet das amerikanische Engagement außer einer Sicherheitsgarantie gegenüber der Sowjetunion vor allem eine Garantie für die Öffnung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Welt und nicht zuletzt eine Garantie gegen ein Übergewicht der beiden Partner Paris und Bonn im Prozeß der europäischen Einigung. Im ureigenen Interesse Europas müssen daher enge Beziehungen mit Amerika aufrechterhalten und die atlantische Allianz so handlungsfähig wie möglich erhalten werden.

Gewiß: die atlantische Allianz muß weiterentwickelt werden; eine begrenzte Abrüstung wird kommen, und es ist wünschenswert, daß die Europäer stärker als bisher ihre Verteidigung in die eigenen Hände nehmen, wozu im übrigen die Amerikaner selbst auffordern. Aber aufrechterhalten werden muß ein glaubwürdiges Verteidigungssystem auf unterschiedlichen Ebenen und eine glaubwürdige amerikanische Präsenz in Europa. Deutschland muß seine Rolle in der reorganisierten westlichen Gemeinschaft spielen können, ohne einer Diskriminierung ausgesetzt zu sein.

Die neue Lage verlangt - dies ist evident - eine Neubestimmung der Nato und der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Der amerikanische Außenminister Baker hat dazu bereits im vergangenen Dezember anläßlich seiner bedeutenden Rede in Berlin aufgerufen. Es ist eine große und dringliche Aufgabe, zu deren Lösung wir aus der Geschichte nützliche Einsichten gewinnen können. Für eine erneuerte Europäische Gemeinschaft mit stärkeren Strukturen könnte diese Aufgabe der Anlaß sein, ihre Stellung in der Welt zu konsolidieren.

Blickt man auf die europäische Entwicklung seit dem Ausbruch des Kalten Krieges zurück, dann erscheinen die europäischen Ideen von J. Monnet, von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, von Robert Schuman, dem Belgier Paul-Henri Spaak und dem Luxemburger Joseph Bech aktueller als je zuvor. Ich erinnere nur daran, daß Jean Monnet und vor allem Robert Schuman überzeugt davon waren, daß die Wiedervereinigung Deutschlands früher oder später auf der Tagesordnung der europäischen Geschichte stehen werde. Ihr Gedanke einer europäischen Einigung trug dem Rechnung. Und noch heute verfügen wir über kein besseres Konzept für die Probleme, die sich aus der Tatsache ergeben, daß im Herzen Europas ein Volk lebt, das nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftsmacht die durchschnittliche Größe der anderen europäischen Staaten übertrifft. Die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft parallel zur deutschen Wiedervereinigung und als Voraussetzung einer effektiven Hilfe für Osteuropa ist ein dringendes Gebot. Diese Stärkung der Europäischen Gemeinschaft darf nicht zu einer sterilen weltanschaulichen Diskussion über die Alternative "Konföderation oder Bundesstaat" führen; und sie darf keineswegs die Souveränität der Mitgliedsstaaten in Frage stellen: ihre Völker würden es in der Tat nicht hinnehmen, wenn die Brüsseler Behörden in ihr tägliches Leben in einer exzessiven Weise eingreifen würden. Man muß daran erinnern, daß die Europäische Gemeinschaft nicht gegründet wurde als ein Superstaat, der die Mitgliedsstaaten ersetzt; die Europäische Gemeinschaft stellt auch keinen Bundesstaat dar, denn sie verfügt nur in bestimmten Bereichen über begrenzte Kompetenzen, die ihr von den Mitgliedsstaaten übertragen werden. Sie ist auch kein Staatenbund; denn sie ist supranational innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche. Geboren aus der Geschichte Europas stellt die Europäische Gemeinschaft eine internationale Organisation neuen Typs dar, die pragmatisch und unter Berücksichtigung ihres Sondercharakters weiterentwickelt werden muß.

Man verfolgt in diesem Zusammenhang den Plan einer europäischen Währungsunion, deren Verwirklichung schwierig ist, die aber den Franzosen und anderen europäischen Ländern als eine bessere Alternative erscheint als die Aufspaltung Europas in eine vergrößerte DM-Zone und Regionen mit einer weniger disziplinierten Währungspolitik und daher instabileren Währungen. Man diskutiert eine Neustrukturierung der europäischen Sicherheitspolitik, sei es durch die Reform der Westeuropäischen Union aus Großbritannien,

Frankreich, den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik und Italien als eines kollektiven Beistandspaktes innerhalb der Nato, sei es alternativ im Rahmen der Organe der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, um auf diese Weise den Amerikanern einen europäischen Partner innerhalb der atlantischen Allianz anzubieten. In diesen Zusammenhang gehört auch der Vorschlag von Präsident Mitterand und Bundeskanzler Kohl vom 19. April dieses Jahres, eine politische Union herbeizuführen, in deren Rahmen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und realisiert werden soll.

Eine der großen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft wird die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Länder Osteuropas sein. Noch ist es viel zu früh, deren Beitritt ohne Sonderkonditionen ins Auge zu fassen. Ihre Probleme sind so außergewöhnlich groß, daß man ihnen keinen Dienst erweisen würde, wenn man von ihnen erwartete, sie könnten mit der politischen Demokratisierung und dem Aufbau eines Systems der Marktwirtschaft gleichzeitig den Anpassungsprozeß an die Europäische Gemeinschaft bewältigen. Man muß daher an flexiblere Methoden der Hilfe und an die Möglichkeit der Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft denken. Dabei werden die ökonomischen Bindungen an die UdSSR noch für lange Zeit sehr eng bleiben; man denke nur an die Konsequenzen, die sich aus der Arbeitsteilung innerhalb des bisherigen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe oder aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion als Rohstoffproduzent bzw. Absatzmarkt ergeben. Im übrigen muß meiner Meinung nach eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ihrer weiteren Ausweitung vorangehen, wobei die bilateralen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten intensiviert werden sollten. Wir wollen uns daran erinnern, daß sich der wirtschaftliche Wiederaufbau Westeuropas in den Jahren 1945-55 noch vor der europäischen Integration vollzog und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erst durch die Römischen Verträge von 1957 beschlossen wurde, als der wirtschaftliche Wohlstand schon wieder erreicht war.

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft und der NATO gegenüber der Sowjetunion wird zweifellos auf gewisse Abkommen hinsteuern, schon um die internationalen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung zu regeln. Stimmt man mit der grundsätzlichen Einschätzung der Politik Gorbatschows, wie ich sie hier vorgetragen

habe überein, dann kann es nicht im Interesse der Europäischen Gemeinschaft liegen, auf das sowjetische Drängen einzugehen und die "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" in eine europäische Sicherheitsorganisation zu transformieren, sozusagen als eine kleinere Ausgabe der Vereinten Nationen, wenn dabei die Nato oder die Europäische Gemeinschaft selbst in Frage gestellt würden. Raymond Aron, der bedeutende französische Soziologe und Analytiker der internationalen Beziehungen, pflegte zu sagen, daß 1945 Stalin den Westmächten großzügige, später nicht eingehaltene Garantien anbot und dafür konkrete Konzessionen erhielt. Die Krise des Kommunismus heute setzt uns in die Lage, folgenden Weg einzuschlagen: geben wir der Sowjetunion Garantien, die wir auch einhalten werden, und verlangen wir im Gegenzug dafür entsprechende Konzessionen! Das letzte Treffen von Bundeskanzler Kohl und Herrn Gorbatschow scheint mir eben diesen Weg zu zeigen.

Es liegt auf der Hand, daß Frankreich und Deutschland, die immer der Motor der europäischen Einigung gewesen sind, in den kommenden Jahren eine große Verantwortung tragen werden. Wie immer die Aufgaben, die vor ihnen liegen, gelöst werden können, ist nicht das Thema dieses Vortrags. Eine Lektion erteilt uns die europäische Geschichte. Es liegt im gemeinsamen Interesse beider Länder, ihre Politik noch stärker abzustimmen, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und sie ständig in den Rahmen der europäischen Einigungspolitik zu stellen. Auf der anderen Seite müssen beide Staaten alles vermeiden, was zu einer gegensätzlichen Gruppenbildung unter ihren europäischen Partnerstaaten führen könnte; beide - Paris wie Bonn - müssen ohne wechselseitige Eifersucht ihre guten Beziehungen mit Washington pflegen und vor allem darauf verzichten, sich als Rivalen um die Gunst Moskaus zu betrachten.

Lassen Sie mich schließen mit einer Erinnerung an das erste Treffen von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in dem Landsitz des Generals in Colombey-les-Deux-Eglises am 14. September 1958. In ihren Gesprächen war damals wenig von Politik die Rede. Diese beiden Staatsmänner, die in ihrem langen Leben soviel erlebt hatten und die noch so große Aufgaben vor sich sahen, sprachen damals im wesentlichen über das Christentum und die abendländische Zivilisation. Ich denke, wir sollten über all den politischen und

sozialen Problemen, den Aufgaben der Wirtschaft und der Sicherheit, vor denen unsere beiden Länder und Europa stehen, die geistigen Grundlagen nicht aus dem Auge verlieren, die im Zeichen des Scheiterns einer säkularen Heilsideologie wieder ein besonderes Gewicht bekommen haben.